

Gutachten der Arbeitnehmerkammer zum Konjunkturpaket

Gut ist nicht gut genug

OGBL-Präsident Jean-Claude Reding ruft für den 16. Mai zur Großkundgebung auf

VON JOELLE MERGES

Das 1,228 Milliarden schwere Konjunkturpaket der Regierung geht in die richtige Richtung, meint die Arbeitnehmerkammer (Chambre des salariés, CSL), deren Plenarkammer sich am Donnerstag mit eben jenen Maßnahmen beschäftigte. Allerdings sind einige Vorhaben nicht gut durchdacht, sagte gestern CSL-Präsident Jean-Claude Reding, für den das Konjunkturpaket lediglich ein Teil einer globalen Anti-Krisenpolitik darstellt.

In zehn Gesetzesprojekte hat die Regierung das Konjunkturpaket gegossen, das Premierminister Jean-Claude Juncker am 6. März vorgestellt hatte. Nachdem die Beamten- und die Handelskammer sowie zum Teil auch der Staatsrat ihre Meinung zu besagten Gesetzesvorlagen gebildet haben, liegen nun auch die Gutachten der Arbeitnehmerkammer vor. Und diese fallen alles in allem befriedigend aus, wurden die Stellungnahmen doch am Donnerstag einstimmig verabschiedet.

Dennoch kam CSL-Präsident Jean-Claude Reding gestern nicht umhin, eine Reihe von Beanstandungen ins Feld zu führen. Zum Beispiel, was die geplante Aufstockung der Entschädigung für Kurzarbeit angeht. Statt wie geplant auf 90 Prozent müsse der Betrag auf 100 Prozent erhöht werden, forderte der Vorsitzende der Chambre des salariés. Denn nur so könnten die Arbeitnehmer die lange Durststrecke überbrücken, die in den kommenden Monaten auf ihre Unternehmen zukomme. Den vollen Lohnausgleich sollen die Betroffenen aber lediglich dann zugestanden bekommen, wenn sie sich einer beruflichen Fortbildung verpflichten.

Apropos Fortbildung: „Zwei Seiten voller Fragezeichen“ sind der Interessenvertretung aller Beschäftigten im Privatsektor zu den Regierungsplänen eingefallen. Zum Beispiel, wenn es in der Gesetzesvorlage heißt, dass die Schulungsprogramme vom Arbeitgeber oder vom Staat angeboten werden. Was aber unter „Staat“ zu verstehen sei,

bleibe im Unklaren: das Arbeitsministerium? Oder eine Behörde? Oder gar die Arbeitnehmerkammer? Oder plant die Regierung, die Fortbildung an private Anbieter zu vergeben? Und wer übernimmt die Kosten der Schulungskurse: der Arbeitgeber, der Staat oder der Arbeitnehmer selbst? Das Fazit von Jean-Claude Reding: Da wurden wohl viele Einzelheiten nicht bis ins letzte Detail durchdacht.

Das gleiche Urteil fällt er über die geplanten Investitionsvorhaben. Nicht nur, dass die von der Regierung vorgeschobenen Zahlen einer genauen Überprüfung nicht stand halten: So sei im Konjunkturpaket etwa von einem Betrag von 118 Millionen Euro die Rede, im Gesetzentwurf über die Investitionsfonds werde hingegen eine Summe von 280 Millionen Euro erwähnt, während der Zentralstaat einen Anstieg des Investitionsvolumens um 56 Millionen Euro vermerke. Neben den Zahlen hadert die Arbeitnehmerkammer auch mit dem Ansinnen, den Betrag, ab dem ein Bauvorhaben vom Parlament genehmigt werden muss, von 7,5 auf 40 Millionen Euro anzuheben: Wieso gerade 40 Millionen und nicht 30 oder 50, fragt sich Reding. Um sicherzustellen, dass besagtes Vorhaben seinen Zweck erfüllt, täte die Regierung gut daran, das Gesetzesprojekt zeitlich zu begrenzen und die Auswirkungen genauestens zu überprüfen.

Genauestens überprüfen will die Arbeitnehmerkammer indes, ob die Unternehmen, die in den Genuss von staatlichen Beihilfen oder Bürgschaften kommen, sich tatsächlich um den Erhalt der Arbeitsplätze sorgen. Denn dass der Schutz der Arbeitnehmerrechte eine große Schwachstelle im Maßnahmenprogramm der Regierung darstellt, ließ Jean-Claude Reding gestern außer Zweifel. Das Konjunkturpaket gehört also nachgebessert, und daher ist das Antikrisenmanagement der Regierung weiter gefordert, mahnt der CSL-Vorsitzende.

LCGB mahnt gewerkschaftliche

Solidarität an

Für den 16. Mai will Reding in seiner Funktion als Präsident des OGBL seine Gewerkschaftskollegen zu einer großen Protestkundgebung in der Hauptstadt einladen, um für die Anliegen der Beschäftigten, das heißt sichere Arbeitsplätze und den Erhalt der Kaufkraft, einzutreten. Der LCGB schließt seine Teilnahme nicht aus, will eine Entscheidung aber erst am Montag treffen. Überrascht zeigt sich Viviane Goergen, beigeordnete Sekretärin des christlichen Gewerkschaftsbunds und zuständig für die Koordinierung der Gewerkschaftsarbeit auf internationaler Ebene, über die Art des OGBL-Vorstößes: Gerne hätte man im Vorfeld davon gewusst, statt von der Einladung aus den Medien zu erfahren. Auch hätten beide Gewerkschaften einige Wochen zuvor beim Europäischen Gewerkschaftsbund die Hauptstadt als Austragungsort einer gesamteuropäischen Demonstration gegen die Folgen der Krise angeboten. Diese Kundgebung soll nun in Brüssel stattfinden, und zwar am 15. Mai, also einen Tag vor dem vom OGBL-Präsidenten genannten Termin.

Dass es genügend Gründe gibt, für die Anliegen der Arbeitnehmer zu demonstrieren, räumt auch Viviane Goergen ein. Zumal sich unter der Bevölkerung ein ungutes Gefühl ausbreitet, was die Zukunft angeht, meint auch Jean-Claude Reding: „Viele befürchten, das dicke Ende kommt nach den Wahlen.“ Mehr oder weniger bewusst würden das Patronat und zum Teil auch die Politik eine solche Stimmung schüren. Dabei gibt es Reding zufolge keinen Grund, in „Katastrophismus“ zu verfallen. Luxemburg verfüge nach wie vor über wesentliche Standortvorteile wie etwa die hohe Produktivität, die niedrigen Lohnstückkosten sowie die gesunden öffentlichen Finanzen. Einschnitten ins soziale Leistungsnetz erteilte Reding von vorneherein eine klare Absage.